

Trump lehnt EU-Zölle ab: Deutschland steht vor drastischen Konsequenzen!

Trump lehnt EU-Zölle ab, während Streit mit China eskaliert; turbulente Zeiten für Deutschland und internationalen Handel.

Belgorod, Russland - Am 8. April 2025 beherrscht der Handelskonflikt zwischen den USA und der Europäischen Union die Schlagzeilen. US-Präsident Donald Trump hat einen Vorschlag der EU abgelehnt, Zölle auf Industriegüter und Autos zu streichen, und stattdessen angekündigt, mehr Energie an Europa zu verkaufen. Trump verteidigt seine aggressive Zollpolitik und behauptet, dass Europa die USA „abzieht“. Dies hat zu einem massiven Streit zwischen den USA und 185 anderen Ländern, insbesondere mit Deutschland, geführt, das stark von Trumps Zöllen betroffen ist. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) könnten die US-Zölle Deutschland von 2025 bis 2028 bis zu 180 Milliarden Euro kosten.

Die Auswirkungen der US-Zollpolitik sind weitreichend. So berichten 60 Prozent der deutschen Maschinenbauer von einem starken Einfluss der Zölle auf ihre Geschäfte. Die EBM-Papst GmbH, ein Hersteller von Ventilatoren, plant bereits den Ausbau ihrer Werke in den USA, um den neuen Realitäten gerecht zu werden. Gleichzeitig haben die EU-Kommission und Wirtschaftsminister Robert Habeck die Notwendigkeit betont, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken, während eine Liste mit möglichen Gegenmaßnahmen bereits in Vorbereitung ist, die über 100 Seiten umfasst.

EU-Gegenmaßnahmen und drohende Zölle

Die EU reagiert auf Trumps Massive Zollpolitik, indem sie unter anderem Gegenzölle von 25 Prozent auf zahlreiche US-Produkte plant. Die ersten Maßnahmen sollen am 15. April in Kraft treten, gefolgt von einem weiteren Teil am 1. Dezember. Derzeit stehen Produkte wie Diamanten, Eier, Zahnseide und Geflügel auf der Liste der betroffenen Waren. EU-Handelskommissar Sefcovic wird die Liste der Gegenmaßnahmen an die EU-Länder übermitteln, und die Botschafter der EU werden am Mittwoch darüber abstimmen.

In den deutschen Parteien wird intensiv über die mögliche Reaktion auf die US-Zölle diskutiert. CDU-Chef Friedrich Merz fordert wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Steuersenkungen, während SPD-Chef Lars Klingbeil eine selbstbewusste EU-Position einfordert. Auch Franziska Brantner von den Grünen schlägt vor, in Schlüsseltechnologien zu investieren und eine Digitalsteuer für US-Technologieunternehmen zu prüfen. Schließlich warnt DIW-Chef Marcel Fratzscher vor einer Abhängigkeit von US-Digitaldienstleistungen.

In der internationalen Diplomatie

Inmitten dieser Spannungen besucht Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erneut das Weiße Haus. Dies ist bereits sein zweiter Besuch in Washington seit Trumps Amtsantritt. Gleichzeitig äußert der ukrainische Präsident Selenskij sich zu Berichten über russische Angriffe, die laut Trump die Ukraine „wie verrückt“ bombardieren.

Innerhalb Deutschlands nimmt zudem die Gewalt gegen kommunale Politiker zu. Eine Umfrage zeigt, dass jeder vierte Kommunalpolitiker von Anfeindungen berichtet. Zudem empfinden viele Stadt- und Gemeinderäte ihre finanzielle Lage als das größte Problem.

Während die Diskussionen über die Zölle und deren Auswirkungen weitergehen, bleibt abzuwarten, welche Folgen

diese Entwicklungen letztlich für die Beziehungen zwischen den USA und Europa haben werden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Belgorod, Russland
Quellen	• www.sueddeutsche.de • www.tagesschau.de • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de